

Nachhaltige Resilienz und Sicherheit in Europa

Wir erleben derzeit ein Zerfallen der regelbasierten Weltordnung. Dabei spielt der Zugang zu Ressourcen eine zentrale Rolle, seien es Lithiumvorkommen im Osten der Ukraine, Öl im Iran und in Venezuela oder die Rohstoffe in Grönland und Afrika. Vor allem Europa droht seine bisherige komfortable Position im weltweiten Handel zu verlieren. Es wird damit Opfer des Ressourcenhungers einer Lebens- und Wirtschaftsweise, die einst von hier in alle Welt exportiert wurde. Wie viele KI-Rechenzentren, beschleunigt gebaute Straßen und neue Bergwerke für Kupfer, Lithium und seltene Erden braucht es, um diese Krise zu lösen? Oder lenken sie eher von notwendigen Lösungen ab?

Die öffentliche Erzählung hat sich innerhalb weniger Monate von massivem Arbeitskräftemangel wieder zu Arbeitsplatzmangel gedreht. Der Punkt dazwischen, an dem Job- und Arbeitskräfteangebot im Gleichgewicht sind, muss zwar zwangsläufig existieren. Er kommt aber in der öffentlichen Debatte niemals vor – ein Symptom dafür, dass unser Wirtschaftssystem ein Gleichgewicht weder kennt noch anstrebt. Dabei wäre auch das eine Frage von Krisenfestigkeit.

Der Aufbau zusätzlicher Infrastruktur ist letztlich ein Zukunftsrisiko: Jede neue Straße muss zusätzlich zu den schon bestehenden erhalten und in einigen Jahren wieder erneuert werden. Viele Bergbauvorhaben stellen uns langfristig vor die Wahl zwischen unbewohnbaren Landschaften und Ewigkeitskosten. Die Kosten, die wir künftigen Generationen hinterlassen, steigen damit ständig. Die Abhängigkeit von einem ewigen Wirtschaftswachstum wächst so immer mehr, ohne dass es irgendjemand garantieren könnte.

Tatsächlich liegt eine unersetzbare Basis jeden Wohlstandes in fruchtbaren Äckern, ausreichend und sauberem Grundwasser, vielfältigen und damit krisenfesten Wäldern. Dieses Eigenkapital braucht unsere Gesellschaft immer mehr zugunsten kurzfristig geborgter Effekte auf.

Wir sind überzeugt: Wer geopolitische Abhängigkeiten reduzieren will, muss vor allem beim Ressourcenverbrauch ansetzen. Jede Senkung des eigenen absoluten Ressourcenverbrauchs bedeutet ein Mehr an Krisenfestigkeit – im privaten wie im öffentlichen Bereich. Die Möglichkeiten dazu sind in Europa größer als in den meisten Teilen der Welt. Resilienz so zu denken, muss vehement von der Politik eingefordert werden.

Richtig verstandene Entbürokratisierung kann ebenfalls helfen Ressourcen zu sparen. Es ist wahr, dass das Umweltrecht über die Jahrzehnte immer komplizierter geworden ist und selbst viele Expert*innen überfordert. Die Ursache ist letztlich, dass jede neue Regelung durch Lobbyismus mit so vielen Lücken und Ausnahmen geschwächt wurde, dass sie unsere Lebensgrundlagen nicht wirksam schützt. So wurde regelmäßig nach einigen Jahren der Ruf nach neuen Schutzzielen und Regeln laut. Immer mehr Pläne, Prüfungen und Berichtspflichten stärken aber am Ende vor allem die großen Unternehmen, die einfach entsprechende Planungsbüros beauftragen können, während betroffene Bürger*innen und selbst Umweltverbände in der Praxis vor dem Umfang der Unterlagen kapitulieren müssen. Das Schutzniveau, das damit für unsere Umwelt erreicht wird, ließe sich auch mit deutlich weniger Regeln erzielen, wenn es entsprechend weniger Ausnahmen und Schlupflöcher gäbe.

Die Umweltbewegung steht vor großen Aufgaben: Sie darf ihre Forderungen und Positionen weder von wirtschaftsnahen Think Tanks noch von Klickraten und Spendeneinnahmen steuern lassen. Sie muss die lokalen Konflikte um Rohstoffabbau, Infrastrukturausbau und Wasserentnahme im Zusammenhang mit der sie verursachenden Lebens- und Wirtschaftsweise betrachten und ansprechen. Als Netzwerk aus Gruppen und Initiativen will die GRÜNE LIGA dazu einen Beitrag leisten und Initiativen an beiden Enden der Kette miteinander vernetzen.

Beschlossen von der Bundesmitgliederversammlung am 14. März 2026.